



**Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen +++ Newsletter Frauen**

**Inhaltsverzeichnis:**

+++ Kampagne Gute Arbeit und Ausbildung

+++ Anhörung zur Quotenregelung im Bundestag

+++ SPD-Zukunftskonvent: Forum "Lebst Du schon oder arbeitest Du noch?"

+++ Kongress: "Für eine Linke der Zukunft" mit Meredith Haaf und Henny Engels

+++ Konferenz: "20 Jahre Quote"

+++ Texte: "In Frauenfragen von Norwegen lernen" - Heide Oestreich in der taz vom 9.5.2008; Analyse zur Altersarmut - PM des WSI; Polariserte Arbeitszeiten - Studie des WSI

-----  
Liebe Genossinnen,

nach dem sonnig-schönen Pfingstwochenende erhaltet Ihr nun den zweiten Frauennewsletter 2008.

Wir haben mittlerweile nach dem Frauenseminar im März bereits die zweite Veranstaltung hinter uns gebracht, auf der Gleichstellungsaspekte eine wesentliche Rolle spielten: Der **Kongress "Gute Arbeit und Ausbildung"** in Bochum Ende April beschäftigte sich in den Plenumsdebatten und in einem eigenen - gemischtgeschlechtlich besetzten - Workshop mit den Geschlechterbarrieren auf dem Arbeitsmarkt. Diskutiert wurde mit der DGB-Jugendsekretärin aus NRW, Antonia Kühn. Zum Kongress erscheint demnächst eine Dokumentation, schaut in den nächsten Tagen auf [www.jusos.de](http://www.jusos.de) nach.

\*\*\*

In der **Kampagne "Gute Arbeit und Ausbildung"** bildet das Thema Gleichstellung auf dem Arbeitsmarkt eine der drei thematischen Säulen. "Gute Arbeit heißt Gleichstellung", lautet eine der Kampagnenforderungen. Auf dem Themenflyer, den Ihr übers Bundesbüro oder die Homepage bestellen könnt, werden drei zentrale Punkte angesprochen - geringerer Verdienst von Frauen, Hauptlast bei der Familienarbeit, geringe Repräsentanz in Führungspositionen - und mit konkreten Forderungen verknüpft: Gute Arbeit heißt demnach gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, heißt gerechte Teilung von Familien und Erwerbsarbeit, heißt gleiche Beteiligung an Macht und Einfluss. Die Kampagne wird uns die nächsten Monate begleiten, Aktivitäten und Aktionen der

Gliederungen werden auf der Juso-Homepage vorgestellt - viel Platz also, um auch frauenpolitisch Akzente zu setzen!

\*\*\*

Neues von der **Quote**: Zum internationalen Frauentag starteten wir unsere Kampagne zur Forderung nach einer Frauenquote für Führungspositionen nach dem Beispiel Norwegens, die ja - in abgeschwächter Form - dank unserer gemeinsamen Anstrengung auch im Hamburger Programm der SPD steht. Im Rechtsausschuss des Bundestages gab es jetzt eine Anhörung zum Thema - auf Betreiben der Grünen, die einen Antrag zur Einführung der Quote bis 2012 gestellt haben (nähere Infos hier:

[http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20371951\\_kw19\\_recht/index.html](http://www.bundestag.de/aktuell/archiv/2008/20371951_kw19_recht/index.html) ). So bedauerlich es ist, dass nicht die

<b>Hausadresse</b>	<b>Postadresse</b>	<b>fon</b>	<b>fax</b>	<b>e mail</b>	<b>internet</b>
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>



SPD federführend in der Sache ist, so deutlicher zeigen die Aussagen in der Anhörung, wie notwendig es ist, das Thema weiterzuverfolgen. Seht dazu auch den Artikel von Heide Oestreich aus der taz.

\*\*\*

Am 31. Mai findet in Nürnberg der **Zukunftskonvent** der SPD statt. "Lebst Du schon oder arbeitest Du noch?" fragen Jusos auf einem von zwei thematischen Foren. Es geht um **Wege aus dem Arbeitszeitdilemma**, die gemeinsam mit Dr. Alexandra Wagner, Vera Morgenstern und Sonja Pellin vor allem aus dem gleichstellungspolitischen Blickwinkel diskutiert werden. Das Thema Arbeitszeitverkürzung hat bereits beim Kampagnenauftritt "Gute Arbeit" eine Rolle gespielt und gehört aus unserer Sicht zurück auf die politische Agenda.

\*\*\*

Nur eine Woche später lädt der Juso-Bundesverband zum **Kongress "Für eine Linke der Zukunft"** nach Berlin ins Umspannwerk Kreuzberg ein. Mit inner- und außerparlamentarischen Akteuren werden wir dort über ein sozialistisches Reformprojekt des 21. Jahrhunderts diskutieren. Mit dabei auch Meredith Haaf, Mitautorin von "Wir Alpha-Mädchen. Warum Feminismus das Leben schöner macht", und Henny Engels, der Geschäftsführerin des Frauenrates. Gibt es einen modernen Feminismus ist die Frage dieses Workshops. Begleitend zum Kongress werden wir unsere Thesen zur Frage "Was ist links?" vorstellen, die natürlich auch die Stichworte Feminismus und Patriarchat aufgreifen. Anmelden zum Kongress könnt Ihr Euch über die Homepage des Bundesverbandes.

\*\*\*

Und noch eine Veranstaltung: Anlässlich des Jubiläums **"20 Jahre Quote"** in der SPD werden wir am Wochenende 30./31. August gemeinsam mit der ASF an dem Ort des Beschlusses zur frauenpolitischen Konferenz nach Münster einladen. Zu dem gemeinsamen "Mehr-Generationen-Part" der Veranstaltung wird ein eigener Juso-Strang kommen, in dem wir den Feminismus im Juso-Verband weiterentwickeln und realpolitische Ansätze ausloten werden. Näheres zur Veranstaltung dann im nächsten Newsletter!

\*\*\*

Weiter unten findet ihr zudem noch eine Pressemitteilung der Böckler Stiftung zu Altersarmut von Frauen sowie zu Arbeitszeit von Frauen und Männern.

Außerdem hier ein Link zu gut lesbaren, überschaubaren Beiträgen zum Stand der Geschlechtergerechtigkeit in Europa:

<http://www.eurotopics.net/de/magazin/frauen-2008-3/>.

Bis dahin schöne Frühlingstage!

Feministische Grüße

Katie Baldschun, stv. Juso-Bundesvorsitzende

Sonja Pellin, stv. Juso-Bundesvorsitzende

Hausadresse	Postadresse	fon	fax	e mail	internet
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>



VON HEIDE OESTREICH

In Frauenfragen von Norwegen lernen

Es gibt ein neues Argument für die Geschlechterquote, und das heißt "Peinlichkeit". Diesen Grund führte am Mittwoch der ehemalige Wirtschaftsminister Norwegens, Ansgar Gabrielsen, ein. Der Rechtsausschuss des Bundestages hatte Experten zu einer möglichen Quotierung der deutschen Aufsichtsräte nach norwegischem Vorbild befragt.

Norwegen hat im Januar 2008 eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften eingeführt. Ihm sei es schlicht peinlich gewesen, dass sich die gut qualifizierte Hälfte der Bevölkerung Norwegens nicht in den Führungsetagen der Unternehmen wiederfinde, so Gabrielsen vor den Experten.

Das klang den deutschen Ohren doch sehr unvertraut. Denn hierzulande, das machten die Vertreterinnen der Wirtschaft schnell klar, sei es ja eher den Frauen peinlich, möglicherweise als Quotenfrau dazustehen, mit dem Ruch mangelnder Qualifikation oder Durchsetzungsfähigkeit behaftet. Das sei typisch für das deutsche Denken, analysierte daraufhin Soziologin Annette von Alemann von der Uni Bielefeld: "In Deutschland rechnet man sich Erfolge und Misserfolge individuell zu. Dass es auch strukturelle Barrieren gibt, wird eher verleugnet." Den Norwegern dagegen sei eher bewusst - und dann eben auch peinlich -, dass es offenbar so diskriminierende Strukturen gibt, dass Frauen nicht nach oben kommen. So verschieden können politische Kulturen sein.

Doch Peinlichkeit war natürlich nicht das Hauptargument des konservativen Wirtschaftsministers: "Es ging mir um Wertschöpfung", erklärte er den Abgeordneten. Er habe der internationalen Literatur entnommen, dass Unternehmen mit gemischter Führung mehr Gewinn machen.

Die Grünen wollen diesen konservativen Coup gerne kopieren. Sie haben einen Bundestagsantrag formuliert, der eine 40-Prozent-Quote für Aufsichtsräte ab dem Jahr 2012 vorsieht. Gesellschaften, die die Quote nicht erfüllen, sollen die Börsenzulassung verlieren. In Norwegen droht solchen Gesellschaften sogar die Auflösung. Dem Argument, es gebe zu wenig Frauen, soll mit einem Verzeichnis geeigneter Kandidatinnen begegnet werden.

Die Grünen wie auch einige Expertinnen sehen diese Quote als geeignete Reaktion darauf, dass eine freiwillige Vereinbarung der Regierung mit den Wirtschaftsverbänden aus dem Jahr 2001 wenig Erfolge zeitigte. Schon die Vereinbarung sah "gesetzliche Regelungen" für den Fall ihrer Folgenlosigkeit vor. Von einer starren Quote allerdings war damals nicht die Rede, es ging um Ziele, die Unternehmen sich selbst setzen sollen - ein "soft law".

Rainald Thannisch vom Deutschen Gewerkschaftsbund könnte sich mit einer Quote arrangieren. Schließlich habe man mit quotierten Betriebsräten auch schon gute Erfahrungen gemacht. Nur brauche so ein Prozess erheblich mehr Zeit, als die Grünen einräumen wollten, so Thannisch. Und 40 Prozent an Quote seien ihm schlicht zu viel.

Das Hauptargument der IHK-Vertreterin Anne Zimmermann wie auch von Beate Degen von den Wirtschaftsjuristen Deutschland: Wenn man nicht genügend gute Frauen fände, schaden die mangelhaft qualifizierten

<b>Hausadresse</b>	<b>Postadresse</b>	<b>fon</b>	<b>fax</b>	<b>e mail</b>	<b>internet</b>
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>



Frauen in den Aufsichtsräten sowohl dem Image der Frauen als auch dem Wirtschaftsstandort Deutschland. Auch Rechtsexpertin Christine Windbichler von der Humboldt-Uni wollte lieber bei den "soft laws" bleiben. Frauenförderung solle in den Corporate-Governance-Kodex aufgenommen werden, so ihr Vorschlag. Mit dieser Idee war aber schon der Juristinnenbund auf Granit gestoßen. Die Kommission für den Kodex besteht übrigens ausschließlich aus Männern. Die parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, Irmingard Schewe-Gerigk, wies die Annahme, man fände keine qualifizierten Frauen, zurück. Die Grünen hätten bereits angefangen, eine entsprechende Datenbank aufzubauen.

(taz vom 9.5.2008)

-----  
07.05.2008

Analyse zur Altersarmut

Rentenaufwertung für langjährig Versicherte geht an vielen Frauen vorbei

Die rentenpolitische Debatte verlagert derzeit ihren Schwerpunkt von der unbedingten Stabilisierung der Beitragssätze hin zur Armutsfestigkeit der Alterssicherung. Aktuell werden Konzepte diskutiert, die auf eine Aufwertung der Alterseinkünfte für langjährig Versicherte abzielen. Sowohl der Vorschlag von NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers als auch der Rentenkompromiss der CDU sehen vor, dass Beschäftigten mit niedrigem Einkommen eine Rente oberhalb des Grundsicherungsniveaus garantiert wird, wenn sie mindestens 35 Jahre in die Gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt haben.

Expertinnen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung haben auf Basis von Daten der Deutschen Rentenversicherung (DRV) die Auswirkungen einer solchen Fokussierung auf langjährig Versicherte analysiert. Ein zentrales Ergebnis: Die Koppelung an eine Versicherungszeit von 35 Jahren schließt gerade Personengruppen mit höherem Armutsrisiko von der Unterstützung aus. Dazu zählen insbesondere Selbständige mit kleinem Einkommen und Frauen, so die WSI-Forscherinnen Claudia Bogedan und Dr. Simone Leiber.

Das zeigt der Vergleich der Versicherungsjahre (beitrags- und beitragsfreie Zeiten, ohne Berücksichtigungszeiten) von Männern und Frauen, die 2006 in Rente gegangen sind. Rund 78 Prozent der Männer kamen auf 35 und mehr Versicherungsjahre. Bei den Frauen konnten dagegen nur rund 37 Prozent diese Versicherungsdauer aufweisen. Knapp zwei Drittel der Frauen hätten daher keinen Anspruch auf eine Förderung, obwohl Frauen in diesem Segment oft geringe eigenständige Alterseinkünfte zu erwarten haben. Besonders betroffen sind Frauen in Westdeutschland (rund 75 Prozent unter 35 Versicherungsjahren; siehe Grafik im Anhang zu dieser PM; Link zur PM mit Anhang am Fuß dieses Textes).

Innerhalb der Versichertengruppe mit mehr als 35 Versicherungsjahren würden Frauen derzeit allerdings überproportional von der Regelung profitieren, da sie im Durchschnitt erheblich niedrigere Rentenansprüche als Männer aufweisen. Dies macht eine Sonderauswertung der Deutschen Rentenversicherung deutlich, die Alters- und Erwerbsminderungsrenten der 2006 in Rente gegangenen Personen mit mehr als 35 Versicherungsjahren

<b>Hausadresse</b>	<b>Postadresse</b>	<b>fon</b>	<b>fax</b>	<b>e mail</b>	<b>internet</b>
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>



untersucht. In der - insgesamt kleineren - Gruppe der Frauen mit mehr als 35 Versicherungsjahren erhält ein deutlich höherer Anteil eine Nettorente von unter 600 Euro (dies entspricht etwa dem Grundsicherungsniveau) als bei den Männern, die mindestens 35 Jahre eingezahlt haben. Profitieren würden nach dieser Auswertung nur 18.873 Männer, die 2006 in Rente gingen (21,8 Prozent der Männer mit mehr als 35 Versicherungsjahren). Dagegen würden bei 67.749 Frauen (78,2 Prozent der Frauen mit mehr als 35 Versicherungsjahren) die Renten erhöht. In der Zukunft könnte sich das allerdings ändern, denn das Rentenniveau wird weiter absinken. Zudem weisen auch Männer zunehmend Lücken in den Erwerbsbiografien auf. Der wichtigste Grund dafür ist die deutlich höhere Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahrzehnten, wie eine aktuelle Analyse in den WSI-Mitteilungen\* auf der Basis von AVID-Daten (Untersuchung "Altersvorsorge in Deutschland" der DRV) zeigt.

Die rentenpolitischen Vorstöße der CDU seien als Denkanstöße zur Armutsfestigkeit von Alterssicherung sinnvoll, sagen Claudia Bogedan und Dr. Simone Leiber. Sie müssten aber deutlich weiterentwickelt werden. Die Defizite ließen sich mildern, wenn die Mindestversicherungsdauer verkürzt würde und Zeiten der Arbeitslosigkeit sowie Berücksichtigungszeiten für Kindererziehung einbezogen würden. Damit könnte eine Benachteiligung von Frauen sowie Langzeitarbeitslosen verhindert werden. Parallel dazu halten die Wissenschaftlerinnen den Ausbau der Gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für sinnvoll. Damit ließen sich auch Selbständige besser absichern.

\*Claudia Bogedan, Anika Rasner: Arbeitsmarkt x Rentenreformen = Altersarmut? In: WSI Mitteilungen 3/2008. Abstract unter: [www.boeckler.de/119\\_90332.html](http://www.boeckler.de/119_90332.html)

Die PM mit Grafik-Anhang: [www.boeckler.de/pdf/pm\\_wsi\\_2008\\_05\\_07.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_wsi_2008_05_07.pdf)

AnsprechpartnerInnen in der Hans-Böckler-Stiftung

Claudia Bogedan  
WSI  
Tel.: 0211-7778-383  
E-Mail: [Claudia-Bogedan@boeckler.de](mailto:Claudia-Bogedan@boeckler.de)

Dr. Simone Leiber  
WSI  
Tel.: 0211-7778-118  
E-Mail: [Simone-Leiber@boeckler.de](mailto:Simone-Leiber@boeckler.de)

Rainer Jung  
Leiter Pressestelle  
Tel.: 0211-7778-150  
E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

Hausadresse	Postadresse	fon	fax	e mail	internet
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>

-----

WSI-Studie: Arbeitszeiten von Eltern stark polarisiert

57 Prozent der Väter arbeiten länger als 40 Stunden pro Woche

Die Arbeitszeiten von Müttern und Vätern in Deutschland sind stark polarisiert, obwohl viele berufstätige Eltern Erwerbs- und Familienarbeit eigentlich gleichmäßiger untereinander aufteilen wollen. Normalerweise arbeiten Väter in abhängiger Beschäftigung im Durchschnitt 39,7 Stunden, Mütter dagegen 24,4 Stunden wöchentlich. Besonders groß ist der Unterschied in Westdeutschland: Hier arbeiten Väter 17 Stunden pro Woche länger als Mütter. Zu diesen Ergebnissen kommt eine neue Studie des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Die Forscherinnen Dr. Christina Klenner vom WSI und Svenja Pfahl analysieren in ihrer Untersuchung Arbeitszeitrealität und -wünsche von Eltern und Personen, die Angehörige pflegen. Damit betreten sie Neuland: Bisher wurden die Arbeitszeiten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern mit Kindern nicht systematisch erhoben und ausgewiesen. Die Wissenschaftlerinnen bezogen daher verschiedene Datenquellen mit ein: Sonderauswertungen des Mikrozensus werteten sie zusammen mit repräsentativen Spezialerhebungen, wie der WSI-Arbeitnehmer/innenbefragung 2003 und der ISO-Arbeitszeiterhebung 2003 aus.

Die Arbeitszeiten von Frauen mit Kindern gehen viel stärker auseinander als die der Väter, die mit wenigen Ausnahmen Vollzeit arbeiten. So arbeiten zwar mehr als die Hälfte der Mütter Teilzeit, darunter viele Minijobberinnen und geringfügig Beschäftigte. Die Durchschnittswerte verdeckten aber, dass bei weitem nicht alle Frauen durch kurze Arbeitszeiten auf Teilzeitbasis das Zeitbudget der Familie entlasten, so die Wissenschaftlerinnen. Je nach Datenquelle - die Werte differieren aufgrund von unterschiedlichen Erhebungsmethoden - sind 29 Prozent (Mikrozensus), 38 Prozent (ISO-Arbeitszeiterhebung) beziehungsweise 42 Prozent (WSI-Erhebung) der abhängig beschäftigten Mütter mit minderjährigen Kindern vollzeitbeschäftigt. Ein Teil von ihnen - nach der WSI-Befragung 17 Prozent aller Mütter - arbeitet sogar regelmäßig 41 und mehr Stunden pro Woche.

Die Wissenschaftlerinnen schätzen, dass ein Drittel der Familien in Deutschland unter Zeitnot leidet. Hauptursache sind die nach wie vor langen Arbeitszeiten von Vätern, die der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Mütter kaum Rechnung tragen: 97 Prozent der Väter arbeiten Vollzeit, 57 Prozent mehr als 40 Stunden pro Woche. Sowohl Eltern als auch Pflegende bewerten solche "überlangen" Arbeitszeiten von mehr als 40 Stunden als besonders

<b>Hausadresse</b>	<b>Postadresse</b>	<b>fon</b>	<b>fax</b>	<b>e mail</b>	<b>internet</b>
Wilhelmstraße 140 10963 Berlin	Willy-Brandt-Haus 10911 Berlin	030.25991-366	030.25991-415	<a href="mailto:jusos@spd.de">jusos@spd.de</a>	<a href="http://www.jusos.de">www.jusos.de</a>



problematisch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Im Durchschnitt arbeiten Männer mit minderjährigen Kindern sogar 1,2 Stunden pro Woche länger als Männer ohne Nachwuchs. Als Kernproblem machen die Expertinnen die traditionelle Norm der lebenslang gleichen Vollzeitarbeit aus, die unterschiedliche Lebensphasen nicht berücksichtigt. Das Konzept rechnet mit dem "sorgelosen Arbeitnehmer", der sich mit ganzer Kraft dem Job widmen kann, weil ihm seine Frau zu Hause den Rücken freihält. Doch das Ernährermodell mit nicht erwerbstätiger Mutter ist längst in der Minderheit, zeigen die Daten: Nur ein knappes Viertel der Paare lebt in Westdeutschland noch in der Hausfrauenehe. Im Osten hat sie mit acht Prozent nur marginale Bedeutung.

Eine klare Mehrheit der Deutschen befürwortet das Zweiverdienermodell. Es überwiegt mit 45 Prozent die Variante einer so genannten modernisierten Ernährerkonstellation, in der ein Partner Vollzeit, der zweite Teilzeit arbeitet. Nach wie vor müssen sich allerdings vor allem Frauen zwischen Vollzeit und Teilzeit entscheiden. Damit haben sie häufig nur die Wahl "zwischen Zeitnot einerseits und Karriereverzicht und wirtschaftlicher Benachteiligung andererseits", stellen die Forscherinnen Christina Klenner und Svenja Pfahl fest. "Wenn Mütter Vollzeit arbeiten, steht dem meist keine Arbeitszeitreduktion der Väter gegenüber." Familienbedingte Teilzeit ist bei Vätern selten. Lange und überlange Arbeitszeiten belasten die Familienzeit und setzen dem häuslichen Engagement enge Grenzen. Die faktischen Arbeitszeitverlängerungen der letzten Jahre hätten zusätzlich dazu beigetragen, die Geschlechterungleichheit bei den Arbeitszeiten fortzuschreiben, betonen die Wissenschaftlerinnen.

Zu den Wünschen der Kinder an die Arbeitszeiten ihrer Eltern gibt es bislang keine repräsentativen Befragungen. Die Autorinnen greifen deshalb auf eigene qualitative Forschungen zurück. Danach begrüßen Kinder durchaus eine Erwerbstätigkeit beider Eltern. Sie wünschen sich verlässliche Arbeitszeiten, die wichtige Sozialzeiten wie Wochenenden oder Feiertage freihalten und Familienrituale zulassen.

Als Ausweg aus dem bestehenden Arbeitszeitdilemma plädieren die Autorinnen für ein erneuertes, familien- und gleichstellungsorientiertes Arbeitszeitkonzept. Die männlich geprägte Normalarbeitszeit sei auf den Prüfstand zu stellen und durch "ein Menü unterschiedlich langer Vollzeitstandards" für bestimmte Lebensphasen zu ersetzen. Betriebe und Politik müssten Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen mit Fürsorgeverpflichtungen als neue Norm anerkennen. Zugleich raten die Wissenschaftlerinnen, die Anreize für eine partnerschaftlich egalitäre Arbeitszeitverteilung zu verbessern. Aufgreifen ließe sich ein Vorschlag aus Schweden: eine subventionierte Verkürzung der Arbeitszeit von Müttern und Vätern um fünf Stunden pro Woche. Den vollen steuerlichen Vorteil soll es



nur dann geben, wenn beide Eltern die Arbeitszeitabsenkung nutzen.

Mehr Informationen und Infografik zum Download im Böckler Impuls 4/2008:  
[www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014\\_90237.html](http://www.boeckler.de/cps/rde/xchg/hbs/hs.xsl/32014_90237.html)

Ansprechpartner/in in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Christina Klenner

WSI

Tel.: 0211-7778-231

E-Mail: [Christina-Klenner@boeckler.de](mailto:Christina-Klenner@boeckler.de)

Rainer Jung

Leiter Pressestelle

Tel.: 0211-7778-150

E-Mail: [Rainer-Jung@boeckler.de](mailto:Rainer-Jung@boeckler.de)

**Hausadresse**

Wilhelmstraße 140  
10963 Berlin

**Postadresse**

Willy-Brandt-Haus  
10911 Berlin

**fon**

030.25991-366

**fax**

030.25991-415

**e mail**

[jusos@spd.de](mailto:jusos@spd.de)

**internet**

[www.jusos.de](http://www.jusos.de)